

Antrag Z9

auf Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer nach Kanzleisitzverlegung (§ 27 Abs. 3 BRAO)

An den
Präsidenten der
Rechtsanwaltskammer Köln
Riehler Straße 30
50668 Köln

200,00 EUR
Verwaltungsgebühr
fällig mit Antragstellung

Anlage: **Aktueller Nachweis über den Abschluss der Berufshaftpflichtversicherung
gemäß § 51 BRAO**

Antragsteller/in (Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname, vollständige Firmierung)	Staatsangehörigkeit
Bei natürlichen Personen bisherige Privatanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Tagsüber erreichbar Tel.: Mobil: E-Mail:
Bisherige Kanzleienschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	
Geburtsdatum und -ort, ggf. Staat	

Ich/Wir bin/sind bisher Mitglied der Rechtsanwaltskammer

- Als Rechtsanwalt gem. § 4 BRAO
Als Syndikusrechtsanwalt gem. § 46 II BRAO
Als Berufsausübungsgesellschaft gem. §§ 59b ff. BRAO

wird aufgrund der Verlegung des Kanzleisitzes die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer Köln beantragt.

Eine Berufshaftpflichtversicherung wird unterhalten bei der

Aktueller Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 51 BRAO bzw. § 59n BRAO bzw. § 206 BRAO mit Ausweis der Kanzleienschrift im Bezirk der Rechtsanwaltskammer Köln, liegt an/wird nachgereicht.

Ergänzend beziehe ich mich auf die Angaben in dem beiliegenden Fragebogen.

Meinen Wohnsitz werde ich nach meiner Kanzleiverlegung

- beibehalten.
 nehmen in

(Straße, Hausnummer, Ort)

Meine Kanzlei als niedergelassener Rechtsanwalt/Berufsausübungsgesellschaft habe ich eingerichtet in:
(Kanzleibezeichnung, Straße, Hausnummer, Ort)

.....
bei

an meinem Wohnsitz.

Die dortigen Telekommunikationsdaten sind:

Tel.: FAX: mobil: E-Mail

Meine Kanzlei als Syndikusrechtsanwalt habe ich eingerichtet in:
(Firma/Name des Arbeitgebers, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

.....
.....

Die dortigen Telekommunikationsdaten sind:

Tel.: FAX: mobil: E-Mail

Gegebenenfalls ausfüllen, sonst bitte streichen

Ich unterhalte eine Zweigstelle(n) in:

.....

Die dortigen Telekommunikationsdaten sind:

Tel.: FAX: mobil: E-Mail

Ich unterhalte eine weitere Kanzlei(en) in:

.....

Tel.: FAX: mobil: E-Mail

Hinweis: Gemäß § 27 Abs. 2 BRAO sind Sie verpflichtet, die Errichtung einer Zweigstelle/weiteren Kanzlei auch der für diesen Ort zuständigen Rechtsanwaltskammer mitzuteilen.

Sofern gegen Sie ein anwaltsgerichtliches Verfahren, ein sonstiges berufsaufsichtsrechtliches Verfahren oder ein Verfahren gerichtet auf Widerruf der Zulassung anhängig sein sollte, so machen Sie bitte weitere Angaben auf einem unterschriebenen Beiblatt.

Sämtliche Angaben in diesem Antrag sind vollständig und wahrheitsgemäß.

Mit der Beiziehung etwa vorhandener (Personalakten) bei anderen Behörden sowie der Anfertigung von (elektronischen) Kopien besteht Einverständnis.

Es ist bekannt, dass die antragsgegenständlichen Daten bei der Rechtsanwaltskammer Köln gespeichert und teilweise in einem Regionalverzeichnis sowie nach Übermittlung an die BRAK im Bundesweiten Amtlichen

Anwaltsverzeichnis im Internet veröffentlicht werden, § 31 BRAO. Die beigefügten Hinweise zur Datenverarbeitung wurden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von **200,00 Euro** wurde am unter Angabe des Verwendungszwecks „Aufnahme, Kanzleisitzverlegung (Name)“ durch Überweisung auf das Konto der Rechtsanwaltskammer Köln entrichtet:

Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE71 3705 0198 0006 6627 46
BIC: COLSDE33XXX

Ort und Datum

Unterschrift

Fragebogen

zum Antrag auf Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer nach Kanzleisitzverlegung (§ 27 Abs. 3 BRAO)

Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. durch zusätzliche Angaben ergänzen. Reicht der vorgegebene Platz nicht aus, bitte vollständige Angaben auf unterschriebenem Blatt beifügen.

	Fragen	Erläuterungen	Antworten
1	Schwebt gegen Sie ein - anwaltsgerichtliches Verfahren, - Verfahren wegen Widerruf der Zulassung, - sonstiges Verfahren gem. § 112a BRAO (z. B. im Zusammenhang mit einem Fachanwaltsantrag).	Bitte geben Sie ggf. die Stelle oder das Gericht, bei dem das Verfahren schwebt, sowie alle Aktenzeichen an.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
2	Wollen Sie nach Ihrer anderweitigen Zulassung neben dem Rechtsanwaltsberuf noch eine sonstige Tätigkeit ausüben?	§ 56 Abs. 3 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
3	Fremdsprache? Angaben werden ggf. veröffentlicht	Angaben zur Fremdsprache:	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

Für den Fall, dass Sie Rechtsreferendare ausbilden möchten, können Sie nach erfolgter Aufnahme unser „Online-Antragsformular zur Referendarausbildung“ ausfüllen, welches Sie auf unserer Homepage, unter der Rubrik „Ausbildung“ finden.

Ort und Datum

Unterschrift

Hinweise zur Datenverarbeitung für Kammermitglieder

Nachstehend informieren wir Sie gemäß der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung der von Ihnen erhobenen, personenbezogenen Daten.

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Rechtsanwaltskammer Köln (RAK Köln), Riehler Str. 30, 50668 Köln, Telefon: 0221/973010-0, Telefax: 0221/973010-50, E-Mail: kontakt@rak-koeln.de

Den Datenschutzbeauftragten der RAK Köln erreichen Sie wie folgt:
Dipl. WJur. Sebastian Feik, legitimis GmbH, Ball 1, 51429 Bergisch Gladbach,
Telefon: +49 2202 28941-41, Mail: Datenschutz-RAK@legitimis.com

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Mit der Entgegennahme Ihres Antrages auf Zulassung zur Anwaltschaft verarbeiten wir die von Ihnen auf dem Antrag angegebenen personenbezogenen Daten. Dabei handelt es sich regelmäßig um folgende Datenkategorien: Angaben zur Person (u.a. Anrede, Vorname, Nachname, Anschrift und Kontaktdaten), Angaben zur Ihren Versicherungen (Berufshaftpflicht, ggf. Sozialversicherungsnummer), Angaben zur Kanzlei oder Arbeitsstätte (Anschrift, Kontaktdaten), Informationen zu Ihrer juristischen Ausbildung und zur Erlangung der Befähigung zum Richteramt, Ausgeübte und/oder beabsichtigte Nebentätigkeiten sowie einen Auszug aus dem Bundeszentralregister und ggf. weitere notwendige Daten.

Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt für die uns durch das Gesetz (§§ 73, 89 BRAO) obliegenden Aufgabenwahrnehmung für unsere Mitglieder (z.B. Bearbeitung von Anträgen auf Zulassung zur Anwaltschaft (§§ 4, 6 BRAO), Regelung der Ausbildung zum Rechtsanwaltsfachangestellten, Beratung der Mitglieder im Berufsrecht, Verleihung von Fachanwaltstiteln u. ä.). Die vorrangigen Rechtsgrundlagen hierfür sind Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO i.V.m. § 60 Abs. 2 BRAO, §§ 31, 73, 89 BRAO. Daneben können ggf. gesonderte Einwilligungen gern. Art. 6 Abs. 1 a, 7 DSGVO nötig werden, die dann im Einzelfall eingeholt werden.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen oben nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie zuvor darüber informieren.

Die von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ende Ihrer Zulassung zur Anwaltschaft gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, Sie willigen in eine darüberhinausgehende Speicherung ein. Hierzu bitten wir Sie sich nach Ende Ihrer Zulassung zu erklären.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte findet ausschließlich statt

- zu den unter 2. genannten Zwecken (Anwaltsverzeichnis beider Bundesrechtsanwaltskammer),
- soweit sie zur Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Verfahrens erforderlich ist (§ 36 Abs. 2 BRAO),

- an das Versorgungswerk der Rechtsanwälte im lande NRW gern. §12 des Gesetzes über die Rechtsanwaltsversorgung (RAVG NW),
- an die Bundesnotarkammer zum Zwecke der Ausstellung einer Zugangskarte zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach beA und zur Freischaltung der Signaturfunktion,
- zum Zwecke der Ausstellung eines Rechtsanwaltsausweises an die DATEV.

Daneben bedienen wir uns unterschiedlicher Dienstleister insbesondere in folgenden Bereichen: IT und Systembetrieb, Personalwesen und Druck. Das sind sogenannte Auftragsverarbeiter, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen mit der Verarbeitung von Daten beauftragen, Art. 28 DSGVO (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen). Die RAK Köln bleibt auch in dem Fall weiterhin für den Schutz unserer und Ihrer Daten verantwortlich.

Im Übrigen bleibt die Verpflichtung der Mitglieder des Vorstands der RAK Köln sowie deren Angestellten (§ 76 BRAO) unberührt. Darüber hinaus findet keine Weitergabe an Dritte statt.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht,

- a) Auskunft zu verlangen zu Kategorien der verarbeiteten Daten, Verarbeitungszwecken, etwaigen Empfängern der Daten, der geplanten Speicherdauer (Art. 15 DSGVO);
- b) die Berichtigung bzw. Ergänzung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO);
- c) eine erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO);
- d) einer Datenverarbeitung, die aufgrund eines berechtigten Interesses erfolgen soll, aus Gründen zu widersprechen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Art 21 Abs. 1 DSGVO);
- e) in bestimmten Fällen im Rahmen des Art. 17 DSGVO die Löschung von Daten zu verlangen - insbesondere soweit die Daten für den vorgesehenen Zweck nicht mehr erforderlich sind bzw. unrechtmäßig verarbeitet werden, oder Sie Ihre Einwilligung gemäß oben (c) widerrufen oder einen Widerspruch gemäß oben (d) erklärt haben;
- f) unter bestimmten Voraussetzungen die Einschränkung von Daten zu verlangen, soweit eine Löschung nicht möglich bzw. die Löschpflicht streitig ist (Art. 18 DSGVO);
- g) auf Datenübertragbarkeit, d. h. Sie können Ihre Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem gängigen maschinenlesbaren Format wie z. B. CSV erhalten und ggf. an andere übermitteln (Art. 20 DSGVO);
- h) sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde über die Datenverarbeitung zu beschweren.

5. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an kontakt@rak-koelnde.

6. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Nordrhein Westfalen) zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.